



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Manfred Ländner, Tobias Reiß, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Otto Lederer, Peter Tomaschko CSU

Respekt für Demokratie und Kommunalpolitik! Kommunalpolitisch engagierte Bürgerinnen und Bürger unterstützen und beschützen – IV

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der bestehenden Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) zur Erarbeitung eines bayerischen Gewaltschutz- und Präventionskonzepts unter Beteiligung aller relevanten Akteure einschließlich der Kommunalen Spitzenverbände, Optimierungsbedarfe und -möglichkeiten einer stärkeren Vernetzung und engen Zusammenarbeit der betroffenen Behörden, Kommunen und gesellschaftlichen Akteure im Sinne einer erfolgreichen ganzheitlichen Präventionsarbeit zum Thema „Hate-Speech“ und „Bedrohung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern“ zu prüfen. Dabei sollen ausgehend von der aktuellen Situation im Hinblick auf Strukturen und Vernetzung der beteiligten Institutionen auf kommunaler Ebene auch insbesondere ganzheitliche Strukturen und Maßnahmen beleuchtet werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über das Ergebnis dem Landtag schriftlich zu berichten.

Begründung:

Die Anhörung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zum Thema „Bedrohungslagen von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern“ am 13.11.2019 hat verdeutlicht, dass auf aktuelle Situationen auch praktikabel reagiert werden muss. Kriminalitätsverhütung ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe, die umso eher gelingen kann, wenn eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit der mit der Verhütung von Straftaten befassten Behörden erfolgt. Gerade in Zeiten zunehmender öffentlicher Anfeindungen in Form von Hass und Hetze, die sich nicht nur im Netz und gegen die Zivilbevölkerung richten, sondern in deren Visier nach der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten auch zahlreiche Kommunalpolitiker geraten sind, kommt der Vorbeugung entsprechender Straftaten durch geeignete Maßnahmen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Kriminalitätsprävention ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Umso wichtiger ist es daher, dass alle betroffenen Akteure sich untereinander vernetzen und in diesem Bereich zusammenarbeiten, um geeignete Unterstützungsangebote zur Verfügung stellen zu können.